

Rede

Kiel, 09.05.2001

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## **Weiterentwicklung der beruflichen Schulen**

Anke Spoorendonk: □Regionale Berufsbildungszentren sind ein Schritt in Richtung zeitgemäßer und moderner Berufsbildung□

Der SSW begrüßt das Konzept der Landesregierung zur Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren. Wir haben das Thema Berufliche Bildung schon oft hier im Landtag debattiert; zuletzt ging es um die Probleme der Referendarbezüge, den Mangel an Fachlehrern und die Ausbildungsordnungen. Dabei steht für uns weiterhin fest, dass das Duale System dringend reformbedürftig ist.

Das hohe Tempo der Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft erfordert eine Berufsschulausbildung, die ganz anders als das heutige System der Dualen Ausbildung auf die kommenden Herausforderungen getrimmt sein muss. - Stichworte sind hier: Internationalisierung der Arbeitswelt, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, schnellere Produktpassungen, neue Berufsbilder, neue Technologien, größerer Bedarf an Weiterbildung.

Kurz um: Der Übergang von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft verlangt in der gesamten beruflichen Bildung Reformen.

Aus Sicht des SSW ist das - bisher nur in groben Skizzen vorgelegte - Konzept für Regionale Berufsbildungszentren ein Schritt in die richtige Richtung, um eine zeitgemäße und moderne Berufsbildung in Schleswig-Holstein zu



etablieren. Dabei begrüßen wir, dass sich die Landesregierung nicht zuletzt von den guten Erfahrungen unserer Nachbarländer leiten lassen will.

Im Bericht steckt die Landesregierung nur den Rahmen ab für die künftigen Regionalen Berufsbildungszentren, und das ist gut so. Der bisherige Konzeptentwurf soll als Grundlage für eine Diskussion aller Akteure und Beteiligten dienen, damit dann in einem längeren Prozess - unter Einschluss von Arbeitsgruppen und Fachtagungen - detaillierte Vorschläge erarbeitet werden können. Im Herbst 2002 soll der Dialog abgeschlossen sein, und ab dem Schuljahr 2002/2003 soll eine Pilotphase mit Pilotstandorten gestartet werden. Trotz des enormen Veränderungsdrucks glaube ich, dass es vernünftig ist, sich die Zeit zu nehmen, dieses Projekt genau zu durchdenken und Schritt für Schritt zu realisieren.

Wichtigste Zielsetzung bei der Umwandlung der bisherigen Berufsschulen ist es, durch die Stärkung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative die Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung als lebenslanges Lernen zu verbessern. Dabei wird also die lange geforderte Verzahnung von beruflicher Aus- und Weiterbildung angestrebt. Um das zu erreichen, sollen die neuen Regionalen Berufsbildungszentren eigenverantwortlich handelnde, rechtlich und wirtschaftlich selbständige Bildungsunternehmen werden.

Das heißt also: die Steuerung der berufsbildenden Schulen soll so geändert werden, dass die Entscheidungen über das Angebot und den Ressourcenverbrauch der einzelnen Schulen verstärkt in der Region selbst gefällt werden können, denn mit den traditionellen Strukturen wird es schwierig sein, die berufsbildenden Schulen so zu verwalten, dass ihre Bildungs- und Weiterbildungsangebote kunden- und nachfragegerecht werden. - Ausbildungsbetriebe, Innungen, Kammern, die Arbeitsverwaltung und die beruflichen Bildungsträger werden erwarten, dass die neugegründeten Zentren flexibel und differenziert auf Belange und Entscheidungen vor Ort reagieren können.

Aus der Sicht des SSW ist daher die Einbindung der regionalen Akteure in die Entscheidungsgremien der Regionalen Berufsbildungszentren ein ganz zentrales Element bei der Neugestaltung der Berufsschulen. Wir stellen uns vor, dass das regionale Berufsbildungszentrum, je nachdem welche Rechtsform gewählt wird - GmbH, Stiftung, Verein oder Anstalt des öffentlichen Rechts, politisch von einem Vorstand geführt wird.

In diesem Vorstand sollten dann zum Beispiel die Schulleitung, Vertreterinnen und Vertreter der bisherigen Schulträger (Kreise und kreisfreie Städte), des Arbeitsamtes und - ganz wichtig - der Sozialpartner sitzen. Sowohl die Wirtschaft als auch die Arbeitnehmervertreter der



jeweiligen Region sollten vertreten sein.

Gerade die Erfahrungen aus Dänemark zeigen, dass die gute Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Arbeitsämtern, Wirtschaft und Gewerkschaften dazu beigetragen hat, dass die Berufs- und Weiterbildungsschulen - beispielsweise in Sønderjylland - schnell auf Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt reagieren können. Nicht zuletzt diese Form der Zusammenarbeit ist charakteristisch für das dänische System, das von der Bertelsmann-Stiftung ausgezeichnet wurde, und das gemessen an den Arbeitslosenzahlen großartige Erfolge vorzuweisen hat.

Die Idee eines Regionalen Berufsbildungszentrums ist also mehr als nur die Auswechslung eines Türschildes. Sie erfordert Umdenken und große Lernbereitschaft - nicht zuletzt auch bei dem bisherigen Personal der Berufsschulen. Die Lehrkräfte müssen also für diese neuen Ideen gewonnen werden. Wenn das vorhandene Potenzial der Lehrkräfte optimal ausgeschöpft werden soll, muss auch hier überlegt werden, wie man einen größeren Gestaltungsspielraum am Arbeitsplatz schaffen kann.

Aus der Sicht des SSW ist dabei klar, dass die geplanten Berufsbildungszentren nicht in Konkurrenz zu den schon vorhandenen regionalen Weiterbildungsangeboten der verschiedenen Bildungsträger treten sollen. Im Gegenteil: Man sollte zusammenarbeiten und eine enge Abstimmung der Weiterbildungsangebote anstreben.

Es ist verständlich, dass die Landesregierung vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage eine kostenneutrale Umsetzung des Konzepts anstrebt. Je nachdem wie das Konzept umgesetzt wird, ist aber mit Veränderungen im Bereich der Standorte und deren Ausgestaltung zu rechnen. Ohne Anschubfinanzierung zur Umsetzung des Konzepts wird es also nicht laufen.

